Rok 11 Nr. 27

OBERSCHLESIENS ECHO

Eine Beilage des „Głos Górnego Śląska“, welche zur Aufdeckung und Beilegung jeglicher Mißstände dient

Spare in der Zeit, so hast du in der Not!

Wenn jemand viel hat, der will noch mehr.

Kein Wunder, wenn nach dem Ende des Weltkrieges heute neue 148 Millionäre in Europa entstanden oder aufgewachsen sind. Davon seien 6 polnische Millionäre allein in England. Wieviele solcher gibt es in anderen Ländern, davon schreibt die Statistik nicht. Der poln. Magnat ist immer für's Ausland gewesen. Paris, Wien und Berlin waren und sind bis heute die Stätten und Städte, wo der polnischer Adel sein und seiner Angehörigen Geld verjubelt und verpulvert.

Und da der polnische Adel heute etwas zu sagen hat, wo Fürsten und Grafen die erste Geige spielen, so ist es Sache der poln. Botschaften im Auslande, auszukundschaften, wer diese poln. Millionäre im Auslande sind, die hier vor Steuerlasten sich „bücken“, aber im Auslande ihr hier errungenes Geld locieren.

Nun ist Polen ein Staat seit dem November 1918. Unser Minister Zaleski versichert immer im Auslande, **Polen betreibe nur Friedenspolitik.** Wozu, fragen wir verausgaben wir fast ⅔ des Etats für Militärzwecke? — Polen soll in guten Beziehungen mit den Nachbarstaaten leben, sagen unsere Diplomaten. — Wozu braucht man Riesensummen zu verausgaben für Defen- und Offensiven?

Polen erhält Riesenaufträge von den Sowjets. — Weshalb bekämpft man hier den Kommunismus, was auch nicht wenig kostet.

Unsere Schwerindustrie reduziert die Arbeiterschaft aufs Minimum, hat aber 500—1000 % Direktoren mehr wie vor der Uebernahme, zahlt ihnen Riesengehälter mit Riesentantjemen.

Wir haben Kohlen, Eisen, Stahl und andere Produkte in Hülle und Fülle. Weshalb sind diese Produkte im Inlande so teuer, dass sie rar gekauft werden?

Polen hat eine Kornkammer. Weshalb zahlt man dem Landwirt die Hungerpreise dafür, weshalb ist der Kunstdünger so teuer, weshalb ebenso teuer das Mehl, Brot, Zucker u. s. w.?

Polen operierte bis jetzt mit einem Budget von 4 Milliarden Złoty. Als die Einnahmen die Ausgaben nicht mehr decken konnten, versucht man auf einmal die Sparmethoden einzuführen, nachdem es schon ziemlich spät ist.

Als der Finanzminister Czechowicz die Ausgaben um 586 Millionen Zł. ohne Sejm- u. Senatsbeschluss überschritten hatte, wurde ihm mit grosser Mühe ein Prozess vor dem Staatstribunal angestrengt, aber auf das Urteil wartet man heute noch.

Der Kriegsminister verwendet **8 Millionen Zł. Dispositionsgelder.** Wofür, erklärte er, braucht er nicht zu sagen.

Für die Luftflottenliga wurde jahrelang gesammelt. Auf einmal verschwanden **112.000 Zł.,** die **Charnas verjubelt und verprasst hat.**

So wurde bei uns „gespart“.

Jetzt heisst es: Gehalt-, Zulagenkürzung, Beamtenabbau, wo alles um die Existenz mit allem Krampf kämpft, wo der letzte Groschen verausgabt wurde.

Ist das nicht eine Schande, wenn heute die poln. Konsularbeamten in Deutsch-Oberschlesien **600 (sechshundert) Złoty** zusammengebracht und sie nach Warszawa geschickt haben, um die Lage der poln. Regierung zu stabilisieren? — Und damit protzt noch die Regierungspresse?

Ja, Herrschaften, sparet in der Zeit, so habt in der Not.

Korfanty als Kronzeuge

Eine neue Eisenbahnerklage vor dem Schiedsgericht für Oberschlesien
Nur physisch nicht normale Leute führen Krieg?

Das Schiedsgericht für Oberschlesien verhandelte am Freitag in mehrstündiger Sitzung über eine Klage, die der Eisenbahningenieur Beszczemski aus Kattowitz gegen den polnischen Staat erhebt wegen Zahlung der Unterschiedssumme zwischen Gehalt u. Pension infolge vorzeitiger Pensionierung mit 35 Jahren. Auch dieser gestern verhandelte Fall zeigte die Langwierigkeit, die den Prozessen vor dem Schiedsgericht bescheiden; denn die Klage ist am 25. Juli 1928 anhängig gemacht worden und wurde auch in dergestrigen Sitzung nicht zu Ende gebracht. Möglicherweise werden noch mehrere Schriftstücke hin und her gehen müssen, da der polnische Staatsvertreterh Sachocki erklärte, er könne auf verschiedene, vom Kläger neu vorgebrachten Angelegenheiten nicht sogleich antworten, weshalb er um eine Frist für die Beantwortung bitte. Zum anderen zeigte der Prozess die grosse Erbitterung in Kreisen der Eisenbahner wegen Nichtinnehaltung der einst in und nach der Plebiszitzeit gegebenen feierlichen Versprechungen. Prozesse gleicher Art werden demnächst ebenfalls das Schiedsgericht für Oberschlesien beschäftigen. Und wohl aus diesem Grunde war das Interesese an der gestrigen Verhandlung (was durch einen mit Eisenbahnbeamten aus Poln.-Oberschlesien dicht besetzten Zuhörerraum zum Ausdruck kam) so ausserordentlich gross.

Der Kläger, Eisenbahningenieur Beszczemski,

Eindrücke unseres Spezialberichterstatters von der letzten Völkerbundssitzung i Genf

II.

Nachdem die Oeffentlichkeit bereits vor längerer Zeit über den für die Sitzungen des Völkerbundes festgelegten Termin — 18. Mai cr. — orientiert worden war, richteten sich die Augen der Völker speziell aber auch der Oberschlesier nach Genf. Handelte es sich doch um den **O/S. Minderheitsschutz.** Erläuternd soll bemerkt werden, dass bei Abfassung des **Minderheitsschutzgesetzes** der damalige Botschafterrat von der zutreffenden Voraussetzung ausging, dass durch die Zuteilung eines Teiles Oberschlesiens an Polen ein **kulturell höher stehendes Volk** — die Oberschlesier — unter die Verwaltung eines ihm in dieser Beziehung nicht ebenbürtigen, wenn auch national verwandten Nachbarvolkes, gelangen sollte. Die der Teilung vorangegangene Abstimmung hatte jedem erwiesen, **dass ein sehr grosser Teil der Antochtonen nicht gewillt war, seine Nationalität wie ein Hemd zu wechseln, und für diesen Teil hatte man den Minderheitsschutz geschaffen,** eine Massnahme, die in der Zukunft sich glänzend bewähren sollte. **Denn unverantwortliche, aufgehetzte und verdummte Elemente hatten sich haarsträubende Ueberfälle an ihren Mitbürgern deutscher Nationalität jedoch polnischer Staatszugehörigkeit zu Schulden kommen lassen und darüber sollte in Genf zu Gericht gesessen werden.**

Jedenfalls steht fest, dass die Oberschlesier deutscher Nationalität die Möglichkeit besitzen, Verstöss gegen ihre ihnen durch die Genfer Convention verbrieften Rechte vor das Forum der Welt des Völkerbunds zur Aburteilung zu bringen, während die poln. Oberschlesier dieses Rechtsschutzes entbehren.

Die Interessen der poln. Oberschlesier sollten durch die Autonomie geregelt werden, ein Ausweg der bei gewissenhafter Einhaltung der gegebener Zusicherungen **für ganz Polen einen segensreichen Einfluss ausgeübt hätte.** Leidler hatten die Oberschlesier keine **idealgesinnten Führer,** und die Letzteren, geleitet von **eigensüchtigen Motiven,** haben sämtliche **leitendeAemter zugewanderten und landfremden Elementen überlassen,** die im Laufe von 10 Jahren aus den ehemals kulturell und in jeder Beziehung hochstehenden Oberschlesien ein Volk der Heloten (Arbeitslose u. Emigranten) geschaffen, dem man jegliche Intelligenz abspricht, **dasselbe an den Bettelstab gebracht und gänzlich entartet ha**.

Daher ist es zu verstehen, dass die polnisch oberschles. Intelligenz auf den Ausgang der Verhandlungen begierig war umsomehr, als in diesen Kreisen die Absicht besteht, zwecks Wahrung der Interessen ihres ihres Volkes, **die Intervention des Völkerbundes anzurufen.**

Unser zu diesem und noch anderen Zwecken nach Genf entsandte Specialberichterstatter gibt im Nachstehenden seine Eindrücke wieder:

Na c/a 24stündiger vom schönsten Maiwetter begünstiger Reise über Wien, Semmering und Voralberg, langte ich in Erwartung der Dinge, die da kommen sollten, in Genf an.

Obwohl man Genf vermöge seiner wunderbaren Lage am asurblauen Genfer See (Lac Leman) umrahmt von hohen bewaldeten Bergen und herrlichen Grünanlagen als eine der schönsten Städte der Welt bezeichnen kann, so gewinnt es für die europäischen als auch aussereuropäischen Weltbürger speciell aber für uns Oberschlesien seine Bedeutung dadurch: **dass es Sitz des Völkerbundes ist.**

Warum mögen wohl die in dieser Beziehung entscheidenden Faktoren gerade Genf zum Sitz für ihre der friedlichen Gestaltung der durch den Weltkrieg noch heut in politischer und ökonomischer Fehde liegenden Völker gewählt haben?

Man hätte ja ebenso in Petrikau, Warschau, Krakau oder gar Katowice die Völkerbundsitzungen abhalten können, warum geerade in Genf?

Ueber Genf lagert nähmlich eine Atmosphäre unbeschreiblicher Ruhe und Sicherheit, die unwillkürlich die Neigung zum Frieden begünstigt. — Man soll ja nicht etwa glauben, dass ich Genf als tote Stadt bezeichnen will. Nichts liegt mir ferner als diese Absicht. Genf hat einen lebhaften Strassenverkehr, schön gebaute breit angelegte Strassen, bebaut mit herrlichen Palästen, Vorgärten, Promenadenanlagen, kühn gespannten Brücken eine feenhafte Beleuchtung, vor **allem aber Europäer als Bürger.**

Der Schweizer ist weder Chauvinist noch Fanatiker. Nach demokratischen Grundsätzen regiert, sprechen sogar die schweizerischen Abgeordneten in der Wahrung der Interessen ihres Volkes gerad wie es ihnen passt: **deutsch, französisch u. italienisch.**

Keinem Menschen fällt es dort ein, aus dieser Veranlassung einen Mitbürger scheel anzusehen, zu beleidigen oder sogar zu verprügeln, wie man dies bei uns zu Lande häufig antreffen kann. —

Was Religion anbetrifft, so herrscht in der Schweiz die grösste Toleranz. Es fällt dort keinem Menschen ein, Andersgläubigen seine eigenen unfehlbaren Methoden zur Erlangung der ewigen Seligkeit aufzuoktroyieren. Dort lässt man jeden nach seiner Façon selig werden. — Wohin aber würde es auch in der Schweiz führen, wenn die vielen Tausende ausländischer Touristen, die alljährlich wiederkehren, um für einige Zeit wirklich demokratische Freiheit zu genissen, infolge ihrer Zugehörigkeit zu dieser oder jener Nation ja vielleicht Rasse oder gar Religionsbekenntnisser belästigt oder verfehmt werden sollten?

Die Fremdenindustrie, die der Schweiz Millionen an Valuten zufliessen lässt, würde nicht einen so herzlichen Aufschwung genommen haben, und die Schweiz stände heut nicht als der vermögende Treuhänder für alle europäischen Staaten — seien es Sieger oder Besigte — da, stets bemüht, allen zu ihrem Recht zu verhelfen.

Zudem allen kommt hinzu, dass Genf in der Lage ist, allen auch den weitgehensten Bedingungen hinsichtlich der Unterbringung einer solchen Tagung zu entsprechen. Die Stadt bietet Räume für die Voll- und Kommissionssitzungen, die Verkehrsmittel sind erstklassig.

Alle Ansprüche, hinsichtlich der Logisfrage, der Tramway- und Taxiverhältnisse, der Kinoräume, der Unterhaltungs- und Vergnügungsangelegenheiten, — der Publikationen, ja sogar Reklamationen sind aufs glänzendste befriedigt.

ein gebürtiger Westpreusse, machte nach Eröffnung der Sitzung durch den Präsidenten Kaeckenbeck zunächst geltend: Nach der Grenzziehung bin ich auf Antrag des Delegierten des Eisenbahnministeriums in Warschau aus deutschen Diensten in polnische Eisenbahndienste beurlaubt worden. Durch Ministerialerlass vom 25. Juli 1923 bin ich zum leitenden Beamten, durch Erlass vom 29. Oktober 1925 zum Vorsteher der polnischen Schmalspurbahn ernannt worden. Am 28. April 1927 wurde ich ohne Angabe von Gründen von meinem Posten abberufen und der Eisenbahndirektion Kattowitz zugeteilt. Den mir dort angebotenen Kontrolleurposten habe ich aber abgelehnt, weil dieser meinem bisherigen Dienstrange nicht entsprach. Um allen evtl. aus der Ablehnung entstehenden Unangenehmlichkeiten aus dem Wege zu gehen, ging ich zum Arzt und meldete mich krank. Dies nutzte aber später die Kattowitzer Eisenbahnbehörde aus, sandte mich auch ihrerseits zum Bahnarzt, worauf ich mit etwa 35 Jahren pensioniert wurde, wass eine grosse Ungerechtigkeit darstelle, da ich immer dienstfähig, ferner auch lebenslänglich angestellt war. Wenn der polnische Staatsvertreter erklärt, ich sei nicht als Leihbeamter nach dem Genfer Vertrag anzusprechen, so treffe dies nicht zu, denn niemals ist die Beurlaubung aus deutschen Diensten in polnische zurückgezogen worden, und polnischer Staatsbürger wurde ich erst 1930, da man mich trotz Option als deutschen Staatsbürger ansprach. Ich habe

als Leihbeamter

von den Polen nach Versagen der Tätigkeit eines Lemberger Bahnbeamten den Auftrag erhalten, den polnisch-gewordenen Schmalspurbahnbetrieb zu organisieren, als von den 170 Kilometern dieser Bahn 130 Polen zugesprochen worden waren. Ehe ich aber diese Dienste übernahm, habe ich mir meine in den Diensten der deutschen Eisenbahn erworbenen Rechte von Polen sichern lassen. Entsprechende Schriftstücke der ersten Behörden in Polnisch-Oberschlesien und aus dem zuständigen Ministerium, die dem Schiedsgericht überreicht wurden, sollen den Nachweis erbringen für die Sicherung der erworbenen Rechte. Als ich in den ersten Tagen nach der Grenzziehung mit dem Dienstgebahren in Polen nicht zufrieden war, wollte ich wieder zurückkehren. Es wurde mir aber versprochen, dass die Verhältnisse geändert werden, weshalb ich in polnischen Diensten blieb, zumal ich mir sagte, meine Rechte sin durch das Genfer Abkommen gesichert. Und wenn der polnische Staatsvertreter behauptet, dass ich kein Schriftstück vorweisen könne, das meine Beurlaubung attestiert, so müsse dem entgegnet werden, dass im Genfer Abkommen nicht festgestellt sei, dass eine Beurlaubung schriftlich erfolgen müsse. Demnach liegen die Dinge für mich rechtlich so:

Ich bin von Polen von der deutschen Eisenbahn angefordert und als Leihbeamter übernommen worden. „Der Oberschles. Kurier".

(Fortsetzung folgt.)

Eine sehr ernste Mahnung an alle Oberschlesier!

Zum 10-jährigen Jubiläum des „Głos Górnego Śląska"

Am 23. 12. 1931 werden es 10 Jahre sein, wo Eure Zeitung erscheint!

Oberschlesier, Euer bisheriger u. einzig wahre Verteidiger Redakteur **Kustos** erhielt am 4. VII. 1931 „nur" 6 Monate Gefängnis. Helfet und organisiert Euch. Spendiert für den Fonds des „Głos Górnego Śląska", denn am **23. Dezember 1931** werden es **10 Jahre** sein, seitdem Euer „Głos Górnego Śląska" mit „**Oberschlesiens Echo" erscheint.**

Spendet freiwilige Beiträge (auch die kleinsten) für den „Głos Górnego Śląska" ul. Andrzeja 14, gebet keinen Groschen für die L. O. P. P., denn dort bezieht sein Gehalt als Sekretär der pens. Oberstleutnant Głodziński, der Euren Vertreter selbst im Gerichtsgebäude überfallen hat. — Gebet auch keinen Groschen für den Z. O. K. Z., denn auch dort im Vorstande sind Leute, die nicht aus Oberschlesien stammen.

Gebet auch nichts für die Kathedrale, solange dort noch ein „swój" Margold beschäftigt ist.

Helfet und unterstützet den „Głos Górnego Śląska" mit „Oberschlesiens Echo".

Helfet, helfet, sendet u. gebet die Beiträge für den

„Głos Górnego Śląska"
Katowice, ul. Andrzeja 14

Solange noch der „Głos Górnego Śląska" erscheint, solange haben noch die Oberschlesier ihren Schutz.

Endlich werden 700 000 zł. bei dem polnischen Theater in Katowice erspart

Da die Oper in Katowice eingestellt werden wird, erspart die Wojewodschaft 700 000 zł. jährlich.

Wir stellen fest, dass wir überhaupt kein Theater brauchen, zumal solche Sachen in der jetzigen schweren Zeit überhaupt nicht notwendig sind. Theater haben wir genug mit den Arbeitslosen. Man sollte den Rest (700 000 zł.) für das Theater für die Beschäftigung der Arbeitslosen verwenden.

Wer Geld für's Theater hat, der soll nach Kraków fahren oder nach Warszawa.

Arbeitslose verlangen die Anstellung von Oberschlesiern

Eine Abordnung von Arbeitslosen aus Kochlowitz sprach auf der Woiwodschaft und beim Demobilmachungskommissar vor und stellte die Forderung, dass die auf den Wirekgruben beschäftigten Nichtoberschlesier entlassen und durch Oberschlesier ersetzt werden. Von den jetzt auf dieser Grube beschäftigten 87 Beamten sind 14 Galizier, die überdies alle höheren Aemter vom Direktor angefangen besetzt haben. Die Delegierten forderten die Einstellung von weiteren 1 300 Arbeitern und gaben der Meinung Ausdruck, dass die Herabsetzung der Arbeiterschaft aufhören und eine Rentabilität der Grube eintreten würde, falls die auswärtigen Beamten durch Oberschlesier ersetzt werden.

Polnischer Bankdirektor verhaftet

Der Direktor der polnischen Volksbank in Cosel, Pichalick hat sich eine Reihe von Unregelmässigkeiten zuschulden kommen lassen, sodass er seines Amtes enthoben und gegen ihn Anzeige erstattet wurde. Pichalick, der Sanacjaanhänger ist, wollte sich den deutschen Gerichten entziehen und nach Polen flüchten, wurde jedoch von der hiesigen Polizei am Grenzübertritt verhindern und dem Gericht übergeben.

Also Herschaften: so sieht Genf als Sitz des Völkerbundes aus.

Bericht über die Sitzunng des Völkerbundrates vom 18. Mai cr. und den nächsten zwei darauffolgenden Sitzungen in Angelegenheit der Deutsch-Oesterreichischen Zollunionsfrage.

Schon eine Stunde vor Beginn der Sitzung begab ich mich nach dem Gebäude der League of Nations und erfuhr, dass ein jeder Zuhörer mit einer Legitimationskarte ausgerüstet sein muss, die er auf Empfehlung seines staatl. Vertreters erlangen kann. Anders lag die Sache für Organisationen deren Legitimationen auch genügten. Doch mit Hilfe einer engl. Sekretärin erhielt ich die Legitimation auch.

Diese (mit Hilfe der engl. Sekretärin und der vom „Gł. G. Śl.) ausgestellten Legitimation verdanke nicht allein ich, aber auch mein Landsmann und unser gemeinschaftliche Freund Rechtsanwalt Dr. N. N. aus Katowice den Eintritt in die Verhandlungsräume des Völkerbundes.

Die Verhandlungen waren für mich sehr interessant, und ich verfolgte dieselben mit gespannter Aufmerksamkeit, wohingegen mein Freund Dr. N. N. es verzog, nach Verlauf von a/a 2 Stunden der „Weltbühne in Genf" den Rücken zu kehren und mich als auch ganz Europa ihrem Schicksal zu überlassen.

Das Fehlen des s. Zt. aufs Schild erhobenen Oberschlesier - Vertreters wurde glücklicherweise nicht bemerkt.

Der Sitzung präsidierte der deutsche Aussenminister Dr. Curtius. Bei uns in Polen herrscht allgemein die Ansicht, die Deutschen wären keine Diplomaten und Dr. Curtius kein geeigneter Nachfolger für Stresemann. Unter dieser Voreingenommenheit beobachtete ich das Beginnen und weitere Verhalten Dr. Curtius, der jedoch als Verhandlungsleiter als auch Verfechter seiner These auf der Höhe stand.

Bemerken muss ich, dass auch sein Verbündeter Dr. Schober sehr sachlich und wohlbegründet die beabsichtigte Zollunion motivierte, **und den Bemühungen als auch der sehr vornehmen Taktik dieser beiden hervorragenden Diplomaten ist es zuzuschreiben, dass alle von Briand und den Vertretern seiner Anschauung ins Feld geführten Winkelzüge in ein Nichts zusammensanken und die ganze Angelegenheit zwecks Entscheidung in juristischer Beziehung dem Haager Schiedsgerichtshof zur Entscheidung überwiesen wurde,** die für Anfang September, also vor nächsten Sitzung des Völkerbundes erwartet wird. Nichts halfen Briands taktische Versuche, seiner Gegner Dr. Curtius mit der gefährlichsten diplomatischen Waffe d. i. der **Lächerlichkeit zu bekämpfen, Dr. Curtius behielt die Ruhe und verblieb Sieger.**

Nachdem die Ueberweisung der Angelegenheit an den Haager Schiedsgerichtshof durch sämmtliche anwesende Völkerbundsmitglieder einstimmig beschlossen wurde, machte Briand die Einwendung, dass für den Fall der gefällten Aburteilung der Zollunionsfrage im Sinne Deutsch-Oesterreichs durch den Haager Schiedsgerichtshof dieselbe dennoch dem Forrum des Völkerbundes zur Entscheidung unter politischen Gesichtspunkten vorgelegt werden müsste, **erklärte Dr. Curtius sehr geschickt, dass Deutschland den Eindruck davon tragen würde als wenn seine Interessen nicht ausschliesslich vom Gesichtspunkte des Rechts im Schosse der Völkerliga behandelt würden und sich als nicht gleichberechtigtes Mitglied Völkerliga" müsste.**

Diese Antwort in der Diplomatensprache war ein Hieb, der so kräftig sass, dass der Völkerbundsrat nichts anders, als den Zollunionsvertrag wird sanktionieren müssen.

Dass meine Annahme richtig ist, beweist der darauf folgende Besuch in Chequers, von dem polnische Blätter zu berichten wussten, dass derselbe keine Resultate für Deutschland zeitigen werde. Das Gegenteil ist eingetreten, denn einige Tage später lief das Angebot Hoovers auf Zurückstellung der deutschen Zahlungen ein, und es ist bestimmt zu erwarten, dass dasselbe zum Wohle Europas realisiert wird. **Auf die Kunde allein von diesem Angebot, hat die Weltwirtschaft Milliarden verdient und man kann mit Recht erwarten, dass die Weltwirtschaftskrisis im Zusammenhang mit dieser Aktion und der Rückkehr des geschwundenen Vertrauens auf die Freudfertigkeit der europäischen Nationen langsam, aber sicher zurückgehen wird.**

Der italienische Aussenminister **Grandi**, ferner sein jugoslavischer Kollege Marinkowicz gehörten zu Dr. Curtius's Opposition, doch waren ihre Einwendungen nicht sehr stichhaltig. Bemerkenswert ist die Erklärung **Litwinow's, Russland's** Repräsentanten, der, obwohl Vertreter einer nicht kapitalistischen Staatswirtschaft, ohne seine Grundsätze auch nur im geringsten preiszugeben, seine Bereitwilligkeit kundgab, an dem wirtschaftlichen Aufbau Europas sich beteiligen zu wollen.

So ganz ohne Bedeutung war diese Erklärung nicht, denn sie bildete die Grundlage für Verhandlungen zwischen Briand und Zaleski zwecks Anbahnung von Handelsverträgen, worüber auch unsere polnischen Blätter berichtet haben.

Das Verhalten unnseres Aussenministers war einwandfrei, er sprach kein Wort, und das war gut.

Gern hätte ich an den darauf folgenden Verhandlungen über den oberschlesischen Minderheitsschutz teilgenommen, doch habe ich es vorgezogen, Genf den Rücken zu kehren. Ich war verstimmt durch das Verhalten Dr. Zaleski's mir gegenüber. Der Vorgang spielte sich folgender Weise ab: Ich hielt es für meine Pflicht, Herrn Minister Dr. Zaleski einen Besuch abzustatten, umsomehr als ich vor c/a **12 Jahren gelegentlich meiner Pariser Reise in Sachen der Zuteilung Oberschlesiens an Polen, denselben in Bern (Schweiz) persönlich kennen gelernt hatte.** Da ich trotz **3maliger Rücksprache** mit seinem Sekretär keinen **definitiven Bescheid** erlangen konnte, liess ich dem Herrn Minister eine Empfelung übermitteln, die meine unfreiwillige Abreise zur Folge hätte haben können.

In Anbetracht dessen, fuhr ich nach Mailand, worüber ich in der nächsten Nummer berichten werde. **Vor meiner Abreise habe ich jedoch im Generalsekretariat des Völkerbundes festgestellt, dass ein festgefügter und straffer Bund der Oberschlesier alle Aussicht hat, im Kampf um die Rechte seiner Mitglieder vom Völkerbund unterstützt zu werden.**

__ **Also: caveant consules!**

Soweit der Herr Berichterstatter. Von Seiten der Redaktion stellen wir fest, dass der Związek Obrony Górnoślązaków z Kasą Pośmiertną (Verband zum Schutze der Oberschlesier mit Sterbekasse), dessen Präses der Verleger u. Redakteur Jan Kustos ist, ebenfalls schon bereits im März 1931 mit seiner Beschwerde beim Völkerbundssekretariat gegen den Präsidenten Prof. Kaeckenbeck beim Schiedsgericht für Oberschlesien bereits Erfolg gehabt hat.